Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 37

Artikel: Chruschtschews Nein zur EWG

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076802

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Chruschtschews Nein zur EWG

Die sich vollziehende Integration Europas ist von welthistorischer Tragweite. Ihren Auswirkungen wird sich kein europäisches Volk entziehen können. Die kommunistische Opposition ist von naheliegender Bedeutung und muss eingehend beobachtet werden. Den verantwortlichen Führern der freien Welt stehen schwere Entscheidungen bevor. Dass sie weise ausfallen mögen, ist unsere Hoffnung. Voraussetzung dazu ist aber die Erfüllung unserer Pflicht als Staatsbürger, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen, und das Problem geistig zu bewältigen. Daher unterziehen wir heute die sowjetische Stellungnahme einer eingehenden Analyse und werden in den folgenden Nummern die nötigen Unterlagen zusammenfassend vermitteln.

Die wirtschaftlichen Entwicklungsgesetze von Karl Marx sind im wesentlichen von Lenin übernommen und durch eines seiner Hauptwerke, «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus», ergänzt worden. Nach dieser marxistisch-leninistischen Lehre verläuft parallel zur Konzentration der wirtschaftlichen Macht in immer weniger Händen eine zunehmende Verelendung der Arbeiter, bis diese schliesslich auf das physische Existenzminimum abgesunken sind. Am Ende dieser Entwicklung steht jene totale Krise, wie sie von den Kommunisten immer wieder erwartet wird und aus welcher die revolutionäre Situation entstehen soll, die dann zur Diktatur des Proletariats führt.

Elastizität und Dogma

Diese Prophezeiungen haben sich als falsch erwiesen. Der sogenannte «Kapitalismus» war nicht die unelastische Ordnung, als welche Marx sie betrachtete. Daher war es dem liberalen Gedankengut möglich, unter anderem den berechtigten marxistischen Kritiken Rechnung zu tragen und eine Wandlung zu vollziehen. Diese Anpassungsfähigkeit führte zu einem Wohlstand auch der Arbeiter, wie ihn Marx kaum vom Sozialismus erhofft haben dürfte.

Unter Lenins Führung erstarrten aber Marxens Ideen zu einem unwandelbaren Dogma. Die heutigen Kommunisten sind Gefangene ihrer Ideologie geworden. Der Versuch, die Gedanken des 19. Jahrhunderts auf die Verhältnisse des 20. anzuwenden, führt daher zu grotesken und beinahe undenkbaren Irrtümern und Fehlauslegungen, die auch durch eine überspitzte Strapazierung der Dialektik nur unzulänglich verdeckt werden können. Ein schlagendes Beispiel dafür ist im sowjetischen Verhalten gegenüber der europäischen Integration zu erblicken.

Ein Zusammenschluss nichtkommunistischer Staaten auf demokratischer Grundlage ist durch die leninistische Lehre nicht vorgesehen, er sei denn von kurzer Dauer und bloss zweckgerichtet. Wo nun Ideologie und Wirklichkeit zusammenprallen und nicht übereinstimmen, da liegt der Fehler in sowjetischer Sicht natürlich bei der Wirklichkeit. Sie muss diesfalls durch die erwähnte Strapazierung der Dialektik zurechtgebogen werden.

Im Zusammenhang mit der EWG wird dies durch eine hochoffizielle Stellungnahme illustriert, die unter der Verantwortung des «Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen» der Akademie der Wissenschaften der UdSSR am 26. August in der «Pravda» veröffentlicht worden ist. Was ist in diesem tonangebenden Blickwinkel das Wesen der EWG? Die nachfolgenden Zitate sind der erwähnten Nummer der «Pravda» entnommen. Sie sind für die kommunistische Stellungnahme allgemein repräsentativ.

Die sowjetische Sicht

«Der gemeinsame Markt ist das Europa der Trusts, das Imperium der Monopol-Giganten, welche Millionen und Abermillionen von Arbeitern ausbeuten... Der Zusammenschluss der reaktionären imperialistischen Bourgeoisie brachte eine weitere Ausbeutung der Arbeiter, eine Senkung des Lebensstandards sowie Angriffe auf die Demokratie und die Arbeiter... Das Rückgrat der Integration ist die klerikalmilitaristische Diktatur Adenauers und das autoritäre Regime de Gaulles.»

Diese *«staatsmonopolistische Vereinigung der Finanzoligarchie von sechs westeuropäischen Staaten»* dient also angeblich der weiteren Ausbeutung der Arbeiterschaft, deren Lebensstandard sich bereits abgesenkt habe. Das steht im Gegensatz zu den Tatsachen, wie sie auch in der genannten Verlautbarung nicht unerwähnt bleiben können: *«Trotzdem* (d. h. trotz der Ausbeutung, Red. KB) *konnte die Arbeiterschaft dank dem wirtschaftlichen Aufschwung und dank einem hartnäckigen Kampf eine Erhöhung ihrer Löhne erzwingen.»* Die wirtschaftliche Leistung der EWG wird ebenfalls anerkannt: *«Die industrielle Produktion der Länder des Gemeinsamen Marktes stieg von 1957 bis 1961 um 30 Prozent, der Exportumfang jedoch um 50 Prozent. Die industrielle Wachstumsrate war im integrierten Europa 1,5 bis 2mal grösser als in der übrigen kapitalistischen Welt. Das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik, Italiens und einiger anderer Länder der Sechsergemeinschaft war auch aus dem Grund besonders hoch, weil sie die Möglichkeit hatten, grosse Reserven zu schaffen. Dank der niedrigen Arbeitslöhne, welche in Zeiten einer bedeutenden Arbeitslosigkeit bezahlt wurden.»*

Nötige Korrekturen

Diese Zitate sind in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Zunächst wird zugegeben, dass dem Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, unter den Verhältnissen der freien Marktwirtschaft ein Erfolg beschieden sein konnte. Das ist eines der seltenen Eingeständnisse, weil üblicherweise unsere Gewerkschaften als Söldlinge der Arbeitgeber verstanden werden, die zur weiteren Ausbeutung der Arbeiter beitrügen. Während sodann die wirtschaftliche Leistung der EWG durchaus anerkannt wird, stimmen die angeführten Gründe mit der Wirklichkeit nicht überein.

Die Arbeitslöhne haben nicht nur nominell, sondern auch real zugenommen, und zwar von 1959 bis 1961 in Belgien 7 %, in England 9 %, in Italien 11 %, in Frankreich 14 % und in Westdeutschland 23 %. Falsch ist es endlich, von nennenswerter Arbeitslosigkeit sprechen zu wollen. Wenn es in der Sowjetunion keine Arbeitslosigkeit gibt, ist das eine blosse Folge des Arbeitszwanges.

Die Reserven der EWG-Länder sind nicht durch niedrige Löhne, sondern durch eine hohe Arbeitsproduktivität geschaffen worden. Das Gegenteil ist jedoch für die Sowjetunion der Fall, wo der Arbeiter etwa die Hälfte des Reallohnes seines westlichen Kollegen erhält. Die enormen Staatsausgaben zum Machtausbau (insbesondere rüstungsorientierte wissenschaftliche Forschung, Propaganda und politische Entwicklungsförderung) werden durch den tiefen Lebensstandard des Volkes bezahlt.

Da in der offiziellen Stellungnahme der «Pravda» direkte Vergleiche aus begreiflichen Gründen unterschlagen werden, so möchten wir ergänzend einige Illustrationen beifügen. Der sowjetische Arbeiter muss für die gleiche Menge Butter, Kartoffeln oder Eier das Doppelte, für Milch das Dreifache, Herrenschuhe das Vierfache, Damenstrümpfe das Sechsfache, Orangen das Achtfache, Zucker und Schokolade das Zwölffache an Arbeitszeit seines schweizerischen Kollegen aufwenden.

Gefächerte Vorstösse

Die voraussichtliche weitere Ausdehnung der EWG durch Einbezug der EFTA-Gruppe und Ausbau der atlantischen Gemeinschaft muss Chruschtschew natürlich beträchtliches Kopfzerbrechen bereiten. Hier könnte jener kraftvolle Widerpart zum kommunistischen Imperialismus entstehen, der dem sowjetischen Vorstoss Halt zu bieten vermöchte.

Daher muss Chruschtschew mit allen erdenklichen Mitteln diese Entwicklung zu verhindern suchen. Die Stellungnahme der «Pravda» deckt die verschiedenen Richtungen auf, in denen Chruschtschew und damit die gesamte kommunistische Bewegung vorzustossen gedenken.

Die Frage der Neutralität

Beitritt oder Assoziation der drei neutralen Länder Schweden, Schweiz und Oesterreich wäre dem Ostblock äusserst peinlich. Dadurch würde nämlich bekundet, dass im Rahmen der EWG die Neutralität bestehen kann. In der Folge müsste ein Sog in den Entwicklungsländern zugunsten der freien Welt entstehen. Die Stellungnahme bezeichnet es deshalb als eine Illusion, *«eine solche Form der Assoziation zu finden, die erlaubt, die wirtschaftlichen Probleme gleichzeitig mit der Neutralitätsfrage zu lösen».* Aus diesem Grunde ist damit zu rechnen, dass ein stärkeres Störfeuer aus dem Ostblock gegen den Beitritt oder die Assoziation der Neutralen zur EWG ausgelöst werden wird.

Der Keim der atlantischen Gemeinschaft

Ein voll integriertes Europa würde für die USA jenen Partner darstellen, mit dem eine echte und enge Zusammenarbeit aufgebaut werden könnte. Die atlantische Gemeinschaft kündet sich an. Auch diese Entwicklung muss den Ostblock mit gros-

ser Sorge erfüllen, weil dann die Tage erfolgreicher kommunistischer Expansion vorüber wären. Daher versucht Chruschtschew folgerichtig, einen vorsorglichen Keil zwischen Europa und Nordamerika zu treiben. Die Methode reicht von der blossen Feststellung, wonach sich die *«Widersprüche zwischen dem Gemeinsamen Markt und den Vereinigten Staaten mehren»*, bis zur Andeutung eines kommenden Zerfalls des imperialistischen Wirtschaftssystems in drei rivalisierende Blöcke USA, EWG und das «kapitalistische» Asien unter Führung Japans.

Dieses Wunschdenken ist deutliche Folge falscher Anwendung der kommunistischen Lehre von den Antagonismen. Die dem nicht kommunistischen System innewohnenden Gegensätze — die sich übrigens erklären lassen — erzeugen in kommunistischen Köpfen die Hoffnung auf eine Selbstzerfleischung der freien Welt. Hier wird übersehen, dass die Gegensätze zwischen dem Ostblock und Europa viel tiefer sind.

Unter Berücksichtigung der Dringlichkeit werden interne europäische Gegensätze erst nach Ueberbrückung des Ost-West-Konfliktes ausbrechen können. Der Ostblock mildert also durch seine Existenz die innenpolitischen Schwierigkeiten, und die unerhofft rasche Integration Europas ist geradezu eine Folge der vorangehenden Integrierung der Satelliten.

Der Appell an die Demokratie

Von geradezu rührender aber nicht notwendigerweise unverfänglicher Dialektik ist die sowjetische Besorgnis über die Entwicklung der Demokratie und ihrer Grundlagen in Westeuropa. *«Die Senkung der Zölle und andere Wirtschaftsmassnahmen brachten das Aufsaugen der Kleinbetriebe durch Giganten und immer wieder neue Zusammenschlüsse der Grossunternehmen.»* Das ist zwar eine bedauerliche, jedoch weitgehend unvermeidliche Entwicklung. Aber der Kreml ist zu allerletzt zu einem solchen Vorhalt berechtigt. Im Ostblock sind die Kleinbetriebe allesamt ohne wirtschaftliche Not vernichtet worden.

Wenn in der sich ankündigenden supranationalen Gemeinschaft Europas überdies *«eine grosse Gefahr für die demokratischen Rechte der Arbeiter»* erblickt wird, so vergessen die sowjetischen Kritiker, dass die Rechtstaatlichkeit auch in grossen Staaten erhalten werden kann, sofern sie demokratisch bleiben, während die Willkür ein Vorrecht kommunistischer Staaten bleibt. Wieso — muss man fragen — baut die Sowjetunion die willkürliche Unterjochung der Satelliten nicht ab, wenn sie in der supranationalen Gemeinschaft eine Bedrohung der demokratischen Rechte erblickt?

Diese Angriffsrichtung ist leider nicht so unverfänglich, wie sie scheinen mag. Es ist eine bedauerliche Tatsache, das die Integration einige Kleinbetriebe ausschalten wird. Diese Entwicklung wird den Betroffenen natürlich auch dann nicht schmackhaft, wenn bewiesen werden kann, das dieser Preis viel kleiner ist als der sonst zu bezahlende.

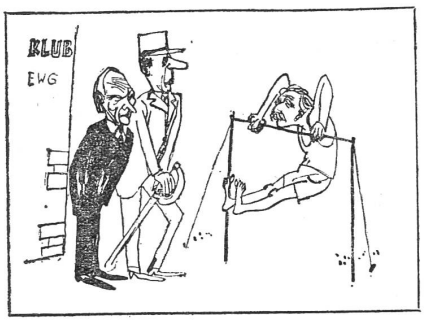
Es geht nicht mehr darum, die Kleinbetriebe wie bis anhin zu erhalten oder sie der Integration zu opfern; die Alternative lautet vielmehr: zwangsweise Abschaffung aller Privatbetriebe unter kommunistischer Herrschaft oder organische Anpassung an die sich entwickelnden Wirtschaftsverhältnisse. Denn die Integration ist ein bedeutsames Mittel zur Verhinderung der kommunistischen Herrschaft über Europa.

Die Sorge um die Entwicklungsgebiete

Der zunehmende Einsatz freier Länder in den Entwicklungsgebieten hat den sowjetischen Vorstoss in den letzten Monaten merklich verlangsamt. Dies wird noch eindeutiger die Folge sein, wenn ein integriertes Europa seine diesbezüglichen Anstrengungen besser koordinieren, wirksamer straffen und gemeinsam vertiefen kann. Um auch hier vorzubeugen, muss Chruschtschew eine ungünstige Reaktion der unentschlossenen Völker auf die EWG anstreben. Daher wird kurz und bündig behauptet: *«Die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit ist eine neue Form des kollektiven Kolonialismus.»* In diese Kerbe hat der sowjetische Ministerpräsident bereits im Mai gegenüber Modibo Keita gehauen. Damals erklärte er: «Eines der Hauptziele des ‚Gemeinsamen Marktes' besteht darin, verschiedene befreite Länder an die Wirtschaft der imperialistischen Staaten zu fesseln und in Knechtschaft zu halten.»

In der Tat ist diese Entwicklung für Chruschtschew besorgniserregend. Wir stellten damals (KB Nr. 28) fest: «Wenn die Assoziation Afrikas mit der erweiterten EWG gelingt, ist die euroafrikanische Wirtschaftseinheit gesichert. Der Ostblock kann die afrikanische Wirtschaft in ähnliche Weise nicht integrieren, ohne ein neues Instrument zu schaffen, in welchem der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der eigentliche Kern sein müsste. Ein solches Instrument kommt jedoch zu spät, sofern die EWG rasch handelt.» Diese Voraussage erweist sich als richtig. Da der Ostblock offensichtlich nicht in der Lage ist, dieses Instrument sofort zu schmieden (es ist jedoch bereits vorgesehen), soll vorläufig die Wirksamkeit der EWG durch deren Ausweitung aufgehoben werden: *«Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten schlagen vor, eine internationale Konferenz für die Diskussion der Handelsprobleme einzuberufen. Diese Konferenz sollte die Fragen der Gründung einer internationalen Handelsorganisation beraten, die alle Staaten umfasst, ohne dabei irgendeinen einzelnen Staat zu benachteiligen.»*

Eine weitere Ausweichlinie des kommunistischen Angriffs soll in der Infiltration gesucht werden, wie sie an der anfangs September in Moskau abgeschlossenen Konferenz über die EWG empfohlen worden ist.



Eine Darstellung der Belgrader «Borba» zum Besuch des französischen Präsidenten in Deutschland und zur Frage Grossbritanniens und der EWG: Darnach finden Adenauer und de Gaulle: «Anscheinend ist Mr. Macmillan zur Aufnahme in unsern Klub noch nicht elastisch genug.»

Furcht vor Osthandelsstrategie

Im gleichen Zusammenhang ist die Furcht vor einer westlichen Osthandels-Strategie, wie sie in dieser Zeitung von allem Anfang an vertreten worden ist, besonders erwähnenswert. *«Die Integration bedeutet ferner den Versuch des Imperialismus, die Selbständigkeit der einzelnen Staaten, mit der UdSSR Handel treiben, einzuengen und gemeinsame Aktionen gegen den Aussenhandel mit den sozialistischen Ländern zu organisieren.»*

Dieser Satz, in der Stellungnahme besonders hervorgehoben, bestätigt die Richtigkeit der hier vertretenen Auffassung: mehr als den Osthandelsstopp fürchtet der Ostblock die westliche Osthandels-Strategie.

Die direkte Aktion

Die Stellungnahme der «Pravda» kündet schliesslich eine direkte Aktion unter der westlichen Arbeiterschaft an, deren Bedeutung straflos nicht unterschätzt werden kann. *«Auf die Angriffe des Grosskapitals* (deren einer die Integration darstellte, Red. KB) *sollen die Arbeiter mit einer Verstärkung der Streiks antworten, die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn verlangen, eine Erhöhung der Arbeitslöhne mit den sozialen Vergütungen fordern, auf die Arbeitssicherung der entlassenen Arbeiter bestehen, indem diese die volle Entschädigung für die ganze Zeit der durch die Entlassung bedingten Arbeitslosigkeit erhalten.»*

Damit wird mit aller wünschenswerten Offenheit auf eine gefährliche Entwicklung hingewiesen. Dass zwischen dem Kampf Kommunismus—Demokratie einerseits und der Sozialpolitik andererseits zwangsweise ein enger Zusammenhang besteht, ist im KB Nr. 23 vom 14. Juni 1961 nachgewiesen worden. Damals schrieben wir: «In der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Kommunismus spielt der Vergleich des Lebensstandards nur eine untergeordnete Rolle; sonst hätte die Diktatur ja längst verloren. Es geht hier um einen Vergleich der staatlichen Machtpositionen, die unmittelbar durch Massnahmen, wie Arbeitszeitverkürzungen, betroffen werden. Das erklärt, warum die kommunistischen Parteien in den nichtkommunistischen Ländern versuchen, durch Erhöhung der Ferien und Verminderung der Arbeitszeit Ziele zu erreichen, für die sie in den kommunistischen Ländern kein Vorbild finden. Sie bezwecken dadurch eine Schwächung der freien Welt. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, dass Arbeitszeitverkürzungen in den gesamten Rahmen gestellt und nicht losgelöst von diesen Ueberlegungen beurteilt werden.»

Beurteilung der Stellungnahme

Die hier behandelte Stellungnahme ist hochoffiziell. Als Autor wurde eine Institution bemüht, von der die Grosse Sowjetische Enzyklopädie behauptet, es sei «die höchste wissenschaftliche Institution der UdSSR, die Vereinigung der allerbesten Gelehrten des Landes». Träger der Veröffentlichung ist gemäss der gleichen Quelle «die bedeutendste und einflussreichste Zeitung des Landes, die das grösste Vertrauen des Sowjetvolkes und

aller progressiven Menschen der Welt hat», nämlich die «Pravda» mit einer Auflage von 5 Millionen Exemplaren.

Trotzdem muss die Stellungnahme als Stümperarbeit von peinlichem Niveau bezeichnet werden. Sie ist unnötig langatmig, von ideologischen Ueberwucherungen durchsetzt, stellenweise ungenau, zum Teil widersprüchlich, ja sogar auf falschen Unterlagen beruhend. Es gereicht der Allunions-Akademie der Wissenschaften gewiss nicht zur Ehre, zu dieser Frage, von der Chruschtschew im «Kommunist» vom August schrieb: «Es wäre unvorsichtig, die Absichten und Handlungen der Leiter der europäischen Integration nicht zu beachten» — zu einer so wichtigen Frage also, eine so dürftige Stellungnahme veröffentlicht zu haben.

Gleichzeitig ist jedoch davor zu warnen, dass die Wirksamkeit dieses Dokuments unterschätzt wird. Es legt die Angriffsrichtungen gegen die EWG fest, und der kommunistische Diktator hat die Macht, eine solche Linie zu verfolgen. Diese Macht, wie sie in den sowjetischen Erfolgen auf dem Gebiete der Natur- und technischen Wissenschaften zum Ausdruck kommt, steht in keinem Widerspruch zu der geistigen und geisteswissenschaftlichen Dürftigkeit kommunistischer Verlautbarungen. Es ist eben nur der machtorientierte Einsatz mit einem Primat ausgestattet.

Wirtschaft

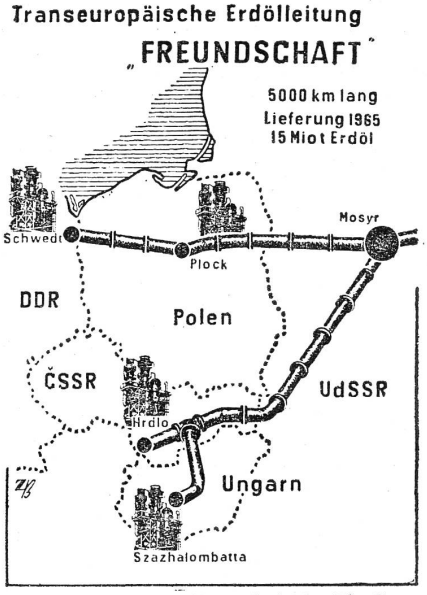
Ostblock

Koordinierte Chemie ...

Mit einem Vorschlag ihrer Arbeitsgruppe für Projekte und Ausrüstungen, der einen einheitlichen Umfang und Inhalt der Projektdokumentation in allen Mitgliedstaaten des «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe» vorsieht, wird sich die XII. Tagung der Ständigen Kommission des Rates für chemische Industrie beschäftigen. Die Kommission geht dabei davon aus, dass gegenwärtig bei der Uebernahme von Projekten für gleiche Anlagen in den einzelnen Ländern fast immer teilweise erhebliche Umarbeitungen erforderlich sind, weil unterschiedliche gesetzliche Vorschriften für die Projektierung, die Sicherheit der Anlage und den Arbeitsschutz sowie unterschiedliche staatliche Standards für Maschinen und Aggregate der chemischen Anlagen bestehen. Mit der Vereinheitlichung dieser Bestimmungen soll zukünftig die Uebernahme von Projekten aus den Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ohne Umarbeitung möglich sein. Die Kommission will auf ihrer nächsten Sitzung auch Empfehlungen für die Festlegung von Forschungsschwerpunkten in den Mitgliedstaaten beschliessen. Das sei, wie es in einer amtlichen Verlautbarung der Kommission heisst, erforderlich, nachdem die Spezialisierung der Produktion und die Arbeitsteilung bereits zum Beschluss erhoben worden sind.

... und koordiniertes Erdöl

Vom 27. bis 31. August 1962 fand in Bukarest die XII. ausserordentliche Sitzung der Ständigen Kommission für Erdöl- und Erdgasindustrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. An der Sitzung nahmen Delegationen folgender Mitgliedsländer



Die sogenannte «Freundschafts-Pipeline» (unsere Zeichnung aus der sowjetzonalen «Berliner Zeitung») dient sowohl der koordinierten Oelversorgung innerhalb des Ostblocks als auch der grossen sowjetischen Erdöloffensive auf den freien Märkten (siehe KB Nr. 10, «Einheitsöl aus Kubischew»). Durch die rund 5000 km lange Rohrleitung will die Sowjetunion auf Ende des laufenden Siebenjahresplanes rund 15 Millionen Tonnen Erdöl aus dem Gebiet von Kubischew an Ungarn, der CSSR, Polen und SBZ liefern, während Rumänien als grosser Erdölproduzent selbst exportiert. In Schwedt, Plock, Hrdlo und Szazhalombatta werden grosse Erdölraffinerien und grosse Petro-Chemiekombinate errichtet.

des RGW teil: der VR Bulgarien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der SBZ, der Polnischen VR, der Rumänischen VR, der Ungarischen VR und der UdSSR.

Die Kommission arbeitete praktische Mittel zur Verwirklichung der Empfehlungen der XVI. ausserordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des Rates über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern des RGW auf dem Gebiet der Erdöl- und Erdgasindustrie aus.

Die Kommission fasste auch Beschlüsse über organisatorische Fragen und über die Verbesserung der Tätigkeit der Arbeitsorgane der Kommission.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation zur XII. ausserordentlichen Sitzung der Ständigen Kommission für Erdöl- und Erdgasindustrie des RGW, Vizeminister für chemische Industrie, Bronislaw Taban, gab diesbezüglich die folgende Erklärung ab:

«Auf der Sitzung unserer Kommission, die in einer sehr herzlichen Atmosphäre verlief, wurden die Hauptrichtlinien der Durchführung der Beschlüsse der XVI. Plenarsitzung festgelegt. Vor allem wurden die Grundlagen der Koordinierung der Pläne erörtert. Alle Länder die über Erdölprodukte eigener Erzeugung verfügen, sollen durch den Ausbau ihrer Erdölverarbeitungsindustrie sich selbst versorgen, wobei sie sowohl ihr eigenes als auch — vor allem aus der Sowjetunion — importiertes Erdöl verarbeiten werden. Die sozialistische Arbeitsteilung, unter voller Berücksichtigung der grössten Effektivität der Investitionen, wird sich auf jene spezifischen Produkte beziehen, denen gegenüber besondere Qualitätsanforderungen gestellt werden und wozu entsprechende Rohstoffe unerlässlich sind.

Auf Grund der von unserer Kommission ausgearbeiteten Schätzung bezüglich der Erdöl- und Erdgasvorkommen in den europäischen Ländern des RGW wurde der Beschluss gefasst, dass man die eigenen Rohstoffbasen in raschem Tempo entwickeln soll, wobei vor allem die produktivsten Schürfgebiete zu beachten wären.»

Justiz

Sowjetunion

Kleine Rückzieher?

Die Deportierungswillkür gegen «arbeitsscheue Elemente», die letztes Jahr auf Verordnungsweg immer stärker eingeführt wurde, beginnt die sowjetische Justiz allmählich selbst zu beunruhigen.

Letztes Jahr hatte man die Kampagne gegen die «Schmarotzer» mit grossem Schwung eingeführt. Die Richter wurden ständig gerügt, dass sie nicht scharf genug seien. Die Folge des Druckes der Partei auf die Richter war, dass sie unzählige unschuldige Menschen — u. a. schwangere Frauen, Invalide usw. — deportieren liessen, nur weil sie keine «gemeinnützige Arbeit» leisteten. Jetzt sind die höheren Gerichtsorgane gezwungen, den Eifer der niedrigen Gerichte einzudämmen.

Ein Bericht der «Sowjetskaja Justizija», der kürzlich veröffentlicht wurde, kann so zusammengefasst werden:

Das Leningrader Gebietsgericht erörterte im Oktober 1961 die Gerichtspraxis in Zusammenhang mit dem Vollzug des Ukasses des Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR vom 4. 5. 1961 über die Erweiterung des Kampfes gegen Personen, welche die gemeinnützige Arbeit ablehnen und einen antisozialen, parasitischen Lebenswandel führen. Es wurde festgestellt, dass einige Volksgerichte die Gesetzesbestimmungen bezüglich des Kampfes gegen die Parasiten verletzen. Die vom Gebietsgericht gemachten Bemerkungen wurden von den einzelnen Volksgerichten in Diskussion genommen. Diejenigen Richter, welche die Gesetzesbestimmungen verletzten, wurden teilweise zur Disziplinarverantwortung gezogen. Das Präsidium des Leningrader Gebietsgerichtes hat auf Grund des ihm zustehenden Aufsichtsrechtes eine Anzahl von Urteilen ausser Kraft gesetzt, weil in vielen Fällen Personen *überflüssig zur administrativen* Verantwortung gezogen worden sind.

Statistik

Polen

Fast zwei Jahre nach

der letzten Volkszählung erscheinen in Polen die Resultate der Auswertung. Unter anderm gab «Glos Pracy» (Warschau) vom 30. August Aufschluss über die Arbeitsverhältnisse am Stichtag vom 6. Dezember 1960:

Die Zahl der Berufstätigen — die Landwirtschaft nicht eingerechnet — belief sich auf 6 729 120. Davon sind 4,3 Millionen Männer und 2,3 Millionen Frauen. In der Industrie arbeiteten 2,7 Millionen Perso-